

## Rückblick auf die Ausschussarbeit in der 17. Wahlperiode

In insgesamt 82 Sitzungen, davon 43 öffentlichen, 32 nichtöffentlichen und 7 öffentlichen Anhörungen, hat der Ausschuss mit einer großen Zahl von Vertretern der folgenden Institutionen (in alphabetischer Reihenfolge) Themen des Spitzen- und Breitensports sowie der angrenzenden Themen z.B. aus der Gesundheits-, Bildungs- oder Integrationspolitik in vielen Facetten erörtert:

Deutscher Hochschulverband (adh)  
ARD  
2hm & Associates GmbH  
adidas AG  
Athletenkommission im DOSB  
Athleten  
Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH  
Borussia Dortmund  
Botschaft Brasilien  
Botschaft der Republik Polen  
Botschaft der Russischen Föderation  
Botschaft der Ukraine  
brandstage.tv GmbH Werbeagentur  
Britische Botschaft  
Bund Deutscher Radfahrer  
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
Bundesinstitut für Sportwissenschaft  
Bundeskriminalamt Deutschland  
Bundeskriminalamt Österreich  
Bundesligastiftung  
Bundespolizeileistungssportprojekt Cottbus  
Charité Campus Benjamin Franklin, Berlin  
Deutsche Eisschnelllauf-Gemeinschaft  
Deutsche Fußball Liga  
Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung  
Deutsche Olympische Gesellschaft  
Deutsche Sporthochschule Köln  
Deutsche Sportjugend  
Deutsche Stiftung Organtransplantation  
Deutscher Behindertensportverband  
Deutscher Bob- und Schlittenverband für Deutschland  
Deutscher Eishockey-Bund

Deutscher Fußball-Bund  
Deutscher Gehörlosen-Sportverband  
Deutscher Golfverband  
Deutscher Kanu-Verband  
Deutscher Landkreistag  
Deutscher Leichtathletik-Verband  
Deutscher Lotto- und Totoblock  
Deutscher Lottoverband  
Deutscher Olympischer Sportbund  
Deutscher Ringer-Bund  
Deutscher Rollstuhl-Sportverband  
Deutscher Ruderverband  
Deutscher Rugby-Verband  
Deutscher Schwimmverband  
Deutscher Skiverband  
Deutscher Turnerbund  
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI)  
Eintracht Frankfurt Fußball AG  
Energieagentur Ravensburg gGmbH  
EU-Sports Office  
F. C. Hansa Rostock  
Fachhochschule für Sport und Management Potsdam  
FIFA  
GEMA  
Gemeinschaft Kroatischer Fußballvereine Bundesrepublik Deutschland  
Generalstaatsanwaltschaft Berlin  
Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit  
Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH  
Gewerkschaft der Polizei  
Globale Bildungskampagne in Deutschland  
Handball-Bundesliga GmbH  
Hannoverscher Sport-Club v. 1893  
Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sportwissenschaft  
Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder  
Institut für Biomedizinische und Pharmazeutische Forschung  
International Paralympic Committee  
Interpol  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Jugendbotschafterin Innsbruck 2012  
Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich Rechtswissenschaft  
Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS)  
Krankenhaus Nord-West GmbH, Frankfurt/Main  
Landesruderverband  
Landessportbund Berlin  
Landessportbund für das Saarland

Landessportbund Hessen  
Landratsamt Erzgebirgskreis  
Nationale Anti Doping Agentur (NADA)  
Olympiastützpunkt Thüringen/Erfurt  
Organisationskomitee für die FIFA-Frauen-WM 2011  
Organisationskomitee Turn-EM  
Organisationsleiter von Jugend trainiert für Paralympics  
Oxfam Deutschland  
Play the Game  
Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Rechtswissenschaften  
PWC GmbH Professional Worldwide Controls (Dopingkontrollen)  
Robert-Enke-Stiftung  
S20 - Interessengemeinschaft namhafter Sportsponsoren  
SC Banzai  
Sepp-Herberger-Stiftung  
SG Dynamo Dresden  
Special Olympics Deutschland  
Sportministerkonferenz  
Sportradar GmbH  
Sportwissenschaftliches Institut, Universität Saarland  
Sprecher Spitzenverbände  
Staatsanwaltschaft München  
Stiftung Deutsche Sporthilfe  
Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsgruppe Russland/GUS  
Tanzsportverein  
Trans Dia - Sport für Transplantierte und Dialysepatienten  
Transparency International  
UEFA  
UN-Sonderbeauftragter für Sport, Entwicklung und Frieden  
United Nations Office on Sport for Development and Peace  
Universität Augsburg, Institut für Sportwissenschaft - Sportzentrum  
Universität Bremen, Institut für Psychologie und Kognitionsforschung  
Universität Erlangen-Nürnberg, Juristische Fakultät  
Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Sportwissenschaft  
Unsere Kurve (Fan-Organisation)  
US Anti-Doping Agency (USADA)  
Vertreter Basketball-Nationalmannschaft  
Vertreter der Landesfinanzministerkonferenz  
Weltrat für Sportwissenschaft und Leibes-/Körpererziehung (ICSSPE)  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Sportwissenschaft  
World Anti-Doping Agency (WADA)  
ZDF  
Zollkriminalamt Köln

Die Zusammenstellung der Gäste des Ausschusses macht bereits deutlich, dass es keinesfalls ein eng auf die Spitzensportförderung oder etwa die Dopingbekämpfung beschränktes Arbeitspensum gegeben hat, auch wenn diese beiden Themenbereiche immer wieder Beratungsschwerpunkte gewesen sind.

Einen Überblick über die wesentlichen Beratungsthemen gibt die folgende Zusammenstellung:

### **München 2018**

Das Bewerbungsverfahren, das Konzept für die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele und die Finanzierungsfragen hat der Ausschuss intensiv diskutiert und in allen Phasen zeitnah begleitet. Durch die Entsendung eines Mitglieds des Sportausschusses in den Aufsichtsrat der Bewerbungsgesellschaft und durch Besuche des Ausschusses in München und Garmisch-Partenkirchen sowie in Schongau konnten sich die Mitglieder des Ausschusses eigene Eindrücke vom jeweiligen Stand der Planungen und der Umsetzungsprobleme verschaffen. Auch wenn die Bewerbung am Ende nicht erfolgreich war, wurde das Bewerbungskonzept von einer breiten Mehrheit im Ausschuss positiv bewertet und unterstützt.

### **Internationale Sportgroßveranstaltungen**

Delegationen des Ausschusses besuchten die Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Vancouver und die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele in London. Ferner wurden die Vorbereitungen der Fußball-WM 2014 und der Olympischen und Paralympischen Spiele in Brasilien vor Ort mit Vertretern aus Regierungs-, Parlaments- und Verbandskreisen sowie Vertretern der Organisationskomitees von einer kleinen Delegation diskutiert.

In der Folge und auch unter dem Eindruck der Vergabe der Fußball-WM nach Katar und der Eishockey-WM nach Weißrussland hinterfragte der Ausschuss u.a. im Rahmen einer Anhörung die Vergabekriterien für internationale Sportgroßereignisse kritisch.

Berichterstattungen über weitere Sportgroßereignisse, wie z.B. die World Games der nicht olympischen Sportarten, die Special Olympics für Menschen mit geistiger Behinderung oder die Deaflympics für Gehörlose, fanden regelmäßig statt.

Genauso wie die Unterstützung der Teilnahme deutscher Athleten an internationalen Wettbewerben im Ausland besteht ein großes Interesse an der erfolgreichen Bewerbung um Ausrichtung entsprechender Veranstaltungen in Deutschland, die vom Ausschuss politisch begleitet und für deren ideelle und ggf. auch finanzielle Unterstützung geworben wurde. So konnten z.B. die Eishockey-WM der Männer 2010, die FIFA-

Frauenfußball WM 2011, die Alpinski-WM im gleichen Jahr, die Biathlon- und die Tischtennis-WM in 2012 nach Deutschland geholt werden.

Während die Unterstützung zur Einwerbung solcher Veranstaltungen eine breite Mehrheit im Ausschuss fand, gab es zur Sinnhaftigkeit der 2010 erstmals durchgeführten Olympischen Jugendspiele (in Singapur) eine eher kontroverse Debatte.

### **Sportförderung**

Die Sportförderung des Bundes betrug im Jahr 2013 insgesamt rund 250 Mio. Euro, davon rund 160 Mio. im Haushalt des BMI. Insgesamt bewirtschafteten acht Ressorthaushalte des Bundes Sportfördermittel, deren Höhe und Zweck entsprechend Gegenstand der Beratungen des Sportausschusses mit Ressortvertretern waren und zu denen er gutachtliche Stellungnahmen gegenüber dem Haushaltsausschuss abgegeben hat.

Die Zielvereinbarungen des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) mit den Bundessportfachverbänden der olympischen Sportarten als verbandliches Steuerungsinstrument der Spitzensportförderung und die Frage der Offenlegung der darin vereinbarten Ziele gegenüber dem Parlament waren Gegenstand ausführlicher kontroverser Debatten. Dabei ging es im Kern um die Reichweite der parlamentarischen Kontrollrechte hinsichtlich der Verwendung von Bundesmitteln der Sportförderung. Im Ergebnis setzte sich der Ausschuss durch und das BMI entsprach der Forderung nach Einsichtnahme in die Zielvereinbarungen.

Mehrfach diskutiert hat der Ausschuss die Sportförderung durch die Polizeien des Bundes und der Länder, durch den Zoll und durch die Bundeswehr, insbesondere die Auswirkungen der Bundeswehrreform hierauf. Die Möglichkeiten zur Gestaltung der Dualen Karriere für Spitzenathleten, also der Aufbau einer dauerhaften beruflichen Perspektive bereits während der Leistungssportkarriere, standen dabei immer wieder im Fokus. Gelegenheit zu einer zusammenfassenden Plenardebatte über die Sportförderung des Bundes gab der 12. Sportbericht der Bundesregierung (2010), der periodisch alle vier Jahre vorzulegen ist.

Debatten um die Sportförderung in der 17. Wahlperiode bezogen sich immer wieder auch auf die Förderung des Sports für Menschen mit Behinderungen. Hier ging es um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die gleichberechtigte Teilhabe am Sport für Menschen mit Behinderungen und in diesem Zusammenhang um die generelle Frage der Voraussetzungen für eine umfassende Inklusion, z.B. im Bereich der Sportstätten oder bei der Durchführung gemeinsamer Wettkämpfe von behinderten und nicht behinderten Athleten.

## **Dopingbekämpfung**

Die Antidopingberichte der Bundessportfachverbände und die bei Verstößen gegen die Zuwendungsauflagen zu ziehenden Schlussfolgerungen für die Sportförderung, die Causa Pechstein, die Eigenblutbehandlung von Athleten durch einen Arzt am Olympiastützpunkt Thüringen in Erfurt, die damit zusammenhängende Frage der Auslegung des WADA-Codes in seiner jeweiligen Fassung für unterschiedliche Behandlungszeitpunkte, die Konstruktion und Aufsicht über die Trägervereine der Olympiastützpunkte, der Datenschutz im Dopingkontrollsystem, die Ausgestaltung des Dopingkontrollsystems und die Evaluation des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport waren zentrale Beratungsgegenstände.

Mit dem „Dritten Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ zog der Ausschuss mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen auf Vorschlag der Bundesregierung die Konsequenzen aus der Evaluation der von ihr als insgesamt erfolgreich bewerteten Wirkung des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Dopings im Sport. Dagegen standen die Forderungen der Opposition nach einem eigenständigen Antidopinggesetz, mit dem vor allem auch die uneingeschränkte Besitzstrafbarkeit von Dopingmitteln eingeführt werden sollte.

Die fehlende auskömmliche Finanzierung der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) durch die Stakeholder der Stiftung, insbesondere durch Länder, Wirtschaft und Sport, wurde in mehreren Sitzungen des Ausschusses beraten. Diskutiert wurden dauerhaft tragfähige Finanzierungsalternativen, um hier zu Verbesserungen zu kommen.

Die Situation der Dopingopfer wurde ebenso thematisiert, wie die von der Sporthilfe angestoßene Studie über die Dysfunktionen des Spitzensports.

Besondere Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit fand die Studie „Doping in Deutschland von 1950 bis heute aus historisch-soziologischer Sicht im Kontext ethischer Legitimation“. Sowohl die mit Zwischen- und Abschlussbericht vorgestellten Inhalte als auch die als Auftragsdatenverarbeitung ausgestaltete Beauftragung der Forschungsnehmer durch das BISp waren im Hinblick auf die damit einhergehenden datenschutzrechtlichen Belange, die einer zügigen und vollständigen Veröffentlichung zunächst entgegenstanden, Anlass zu kontroverser Debatte im Ausschuss. Für die parlamentarische Beratung des Abschlussberichtes zu diesem Forschungsprojekt musste der Ausschuss schließlich nach Ende der regulären Beratungsperiode der Ausschüsse der 17. Wahlperiode eine Sondersitzung für den 2. September 2013 einberufen.

## **Gewalt in und um Fußballstadien**

Mit Vertretern der DFL, des DFB, der Koordinierungsstelle Fanprojekte (KOS), Vereins- und Fanvertretern, der Polizei und deren Gewerkschaft diskutierte der Ausschuss in öffentlicher Anhörung Notwendigkeit und Ausgestaltung von Maßnahmen gegen Gewalt in und um Fußballstadien.

### **Ehrenamt**

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes vom 21. März 2013 hat der Bundestag eine Reihe von Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Arbeit von ehrenamtlich Tätigen geschaffen. So wurden u.a. die steuerfreie Pauschale für nebenberufliche Tätigkeit, die sogenannte Übungsleiterpauschale, von 2.100 Euro auf 2.400 Euro und die Ehrenamtspauschale von 500 Euro auf 750 Euro angehoben. Ferner wurde die Mittelverwendung in zeitlicher und tatsächlicher Hinsicht flexibilisiert und die Haftung für ehrenamtlich Tätige wurde im Bereich der Spendenhaftung so entschärft, dass künftig nur die vorsätzliche oder grob fahrlässige zweckwidrige Verwendung von Spendengeldern sanktioniert wird.

### **Wirtschaftliche Bedeutung des Sports**

Über die finanzpolitische Bedeutung und den Wert des Sports aus ökonomischer Perspektive verschaffte sich der Ausschuss aktuelle Erkenntnisse durch die Berichterstattung über die Ergebnisse entsprechender Studien von Prof. Dr. Christoph Breuer u.a. von der Sporthochschule Köln. Danach beträgt der Anteil des Sportsektors am gesamtgesellschaftlichen Bruttoinlandsprodukt (BIP) ca. 3,7%. Der Sportsektor beschäftigt ca. 1,765 Mio. hauptamtliche Mitarbeiter und erwirtschaftet durch seine ehrenamtlich tätigen Mitglieder einen Wohlfahrtsgewinn von ca. 7 Mrd. Euro. Der fiskalische Effekt aller Aktivitäten des Sportsektors liegt, abhängig von einer engen oder weiten Definition des Sport, zwischen 3,5 Mrd. Euro und 22,2 Mrd. Euro. Das sind bis zu 2% der Gesamteinnahmen des Staates. In jedem untersuchten Szenario übertreffen jedenfalls die staatlichen Einnahmen die staatlichen Ausgaben deutlich.

### **Sport im Rahmen der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik**

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist neben den politischen und den wirtschaftlichen Beziehungen eine der drei Säulen deutscher Außenpolitik – und eines ihrer nachhaltigsten Instrumente. Als Instrument der Außenpolitik trägt der Sport dazu bei, Vorurteile abzubauen, Minderheiten zu integrieren und Werte zu vermitteln. Mit Sport werden Sympathien und Interesse für Deutschland geweckt. Entsprechend breit

war die Unterstützung im Ausschuss über Fraktionsgrenzen hinweg, die Mittelausstattung für diesen Bereich zu erhalten und weiter auszubauen.

### **Weitere Themen**

Der Glücksspielstaatsvertrag, die Besteuerung von Sportwetten und wie ggf. eine Teilhabe des organisierten Sports an den Gewinnen gesichert werden kann, wurden behandelt. Ebenso hinterfragte der Ausschuss die Sportberichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit dem Ziel, auch Randsportarten eine stärkere Aufmerksamkeit zu verschaffen. Die neue Gebührenstruktur der GEMA bot ebenfalls Diskussionsstoff, wobei besonders der Tanzsport und die Schützenvereine Verhandlungsbedarf sahen, was der Ausschuss unterstützt hat.

### **Öffentlich oder nicht öffentlich**

Eine der am intensivsten diskutierten Fragen war die, ob Ausschusssitzungen öffentlich oder nicht öffentlich stattfinden sollten. Nachdem der Ausschuss zunächst beschlossen hatte generell öffentlich zu tagen, revidierte er diese Entscheidung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen etwa zur Mitte der Wahlperiode und tagte fortan grundsätzlich nicht öffentlich. Den von den Oppositionsfraktionen wiederholt gestellten Anträgen auf Rückkehr zur alten Beschlusslage blieb der Erfolg, von öffentlicher Beratung einzelner Themen im Einzelfall abgesehen, versagt.